

## AUSFÜHRLICHER BERICHT VOM 20. JUNI 2005

### 3. ZUKUNFT DER ÜBUNGSSCHULE DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE DER GEMEINSCHAFT

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Interpellation von Frau Thiemann an Herrn Minister Paasch über die Zukunft der Übungsschule der Pädagogischen Hochschule der Gemeinschaft. Frau Thiemann hat das Wort.

FRAU THIEMANN (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen! Diese Interpellation war ursprünglich für die Sitzung vom 6. Juni 2005 vorgesehen, wurde aber damals wie alle anderen Interpellationen aus Zeitgründen auf die heutige Sitzung vertagt. Aus diesem Grund habe ich die Einleitung meiner Interpellation aktualisiert und etwas abgewandelt.

Meine Damen und Herren! Im Sonderdekret zur Schaffung einer Autonomen Hochschule vom Februar dieses Jahres ist ebenso wenig die Rede von der Zukunft der Übungsschule wie in dem noch im Plenum zu diskutierenden und zu verabschiedenden Dekretvorschlag, der sich mit den inhaltlichen Schwerpunkten der Hochschule auseinander setzt.

Gehen wir einmal kurz auf den Begriff der Übungsschule ein. Was können wir darunter verstehen? Die Hauptschule der Pädagogischen Akademie des Bundes in Kärnten umschreibt sie mit den Begriffen Praxisschule, Modellschule und Forschungsschule. Die Übungsschule ist als Praxisschule die Drehscheibe für die schulpraktischen Studien. Hier erwerben zukünftige Hauptschulehrerinnen und Hauptschullehrer ihre Professionalität und grundlegende Berufskompetenzen im Zusammenwirken von Didaktik, Fachdidaktik und Humanwissenschaften. Als Modellschule setzt sie bestehende pädagogische Modelle sowie die Bewertung ihrer Gültigkeit um. Die Übungsschule garantiert, dass alle Studierenden innovative Modelle im Bereich der schulpraktischen Studien kennen lernen und darin mitarbeiten. Die Übungsschule als Forschungsschule garantiert, dass Forschungsvorhaben unter Berücksichtigung der pädagogischen Verantwortung gegenüber Kindern und in Kooperation mit Didaktik, Fachdidaktik und Humanwissenschaften geplant und durchgeführt werden. Insbesondere in Österreich und Finnland genießen Übungsschulen hohes Ansehen, und sie fehlen an keiner pädagogischen Hochschule, an der Lehrer ausgebildet werden.

Seitdem das Parlament der Gründung einer autonomen Hochschule einstimmig zugestimmt hat, stellt sich die Frage, was mit der Übungsschule in der Monschauer Straße geschehen wird. Dies ist eine Frage, die nicht nur die Lehrpersonen und Studenten beschäftigt, sondern ebenfalls die Eltern und Schüler dieser Schule.

In verschiedenen Versammlungen und durch Schreiben ist den Eltern der Schüler der Übungsschule mitgeteilt worden, dass diese Schule ab dem Schuljahr 2006-2007 nicht mehr existieren wird. Dies ist von ihnen allseits mit Bedauern und Enttäuschung aufgenommen worden. Die Eltern schätzen das Engagement der Übungslehrer sehr und sind verunsichert, was die Zukunft ihrer Kinder anbetrifft. Erstaunlich ist es da schon, wenn in der Tagespresse Eltern aufgefordert werden, Schuppertage im Kindergarten der Übungsschule zu besuchen.

Wie wir im Ausschuss und aus der Presse erfahren konnten, bemüht sich der Unterrichtsminister, mit der Stadt Eupen einen Vertrag zur Übernahme dieser Übungsschule zustande zu bringen. Die Gespräche haben in der letzten Woche begonnen und sind nicht Inhalt meiner Interpellation.

Ohne diesen Gesprächen vorgreifen zu wollen, stellen sich viele Fragen. Insbesondere die, wie die Regierung das Hospitieren der Studenten und deren Praktika in Zukunft gestalten will. Was wird mit dem Schulprojekt der Übungsschule geschehen, und wie können die Schüler in den anderen Schulen aufgefangen werden? In welche Schulen werden die Eltern ihre Kinder einschreiben? Wie werden die

Lehrpersonen entschädigt werden, welche die Aufgaben eines Übungslehrers wahrnehmen? Was geschieht mit den ernannten Übungsschullehrern dieser Schule?

Vieles ist offen und nicht einmal ansatzweise besprochen, obwohl den Eltern die Schließung dieser Schule mitgeteilt wurde. Insbesondere sehen wir nicht das pädagogische Konzept, welches in Zukunft für die Studenten greifen soll. Welches sind die Für und Wider einer zentralisierten oder dezentralisierten Übungsschule? Es stellt sich auch die Frage, wie die neue Autonome Hochschule im kommenden Schuljahr mit den infrastrukturellen Voraussetzungen bei Fortbestand der Übungsschule umgehen kann?

Deshalb stelle ich folgende Fragen: 1. Nach welchem pädagogischen Konzept wird die Hospitation und das Praktika der Studentinnen und Studenten der Autonomen Hochschule organisiert werden? 2. Wie sieht die Zukunft der jetzt ernannten Übungslehrer aus? 3. Wie werden die Lehrpersonen ausgebildet und entschädigt, die bei einer Auflösung der Übungsschule die Aufgabe eines Übungslehrers wahrnehmen sollen? 4. Welche Möglichkeiten werden den Eltern geboten, deren Kinder bisher in der Übungsschule eingeschrieben waren? Welche Voraussetzungen wird die Regierung schaffen, um den Eltern die berechtigten Ängste um die Zukunft ihrer Kinder zu nehmen? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Thiemann, ich gebe gerne zu, dass ich bei der Lektüre Ihres Textes und der Fragen den Hintergrund derselben nicht verstanden hatte. Ich habe mit der Schulleitung der Übungsschule Rücksprache genommen und sie gebeten, mir dabei behilflich zu sein, Ihre Fragen zu verstehen. Doch auch nach diesen Gesprächen ist mir immer noch nicht klar, weshalb Sie beispielsweise fragen, in welche Schulen die Eltern ihre Kinder in Zukunft einschreiben können, wo diese Kinder aufgefangen werden können und was mit dem Lehrpersonal geschieht. All diese Fragen ergeben für mich keinen Sinn und haben mit Sicherheit keinen aktuellen Hintergrund.

Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass Sie Opfer eines großen Missverständnisses sind. Ich würde sogar sagen, dass Ihre Interpellation ein gefährliches Durcheinander von Fakten und Aussagen enthält und damit Grundlage Ihrer Fragen ist. Ich tue es zwar nicht gerne, aber ich tue es vor allem mit großem Respekt und ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen, wenn ich Ihnen noch einmal erkläre, wie sich die Schullandschaft in der Eupener Unterstadt gestaltet.

In der Unterstadt Eupen gibt es die Städtische Grundschule Unterstadt, die aber offensichtlich nicht Gegenstand Ihrer Interpellation ist. Es gibt dort aber auch noch eine zweite Grundschule, die sich in Trägerschaft der Gemeinschaft befindet. Diese Schule soll aber, entgegen Ihrer Behauptung, nicht geschlossen werden. Viele Ihrer Fragen gehen von der Behauptung aus, dass diese Schule geschlossen werden soll. Da diese Behauptung aber nachweislich falsch ist, erübrigen sich auch viele Ihrer Fragen. Meines Wissens hat, entgegen Ihrer Behauptungen, niemand erklärt und schon gar nicht geschrieben, dass wir diese Grundschule, die sich in Trägerschaft der Gemeinschaft befindet, schließen wollen. Insofern brauche ich auch die Frage nicht zu beantworten, in welchen anderen Schulen sich nun in Zukunft die Kinder einschreiben können. Selbstverständlich können die Kinder auch weiterhin in dieser Gemeinschaftsgrundschule, auch Übungsschule genannt, eingeschrieben werden.

Sie fragen, wo diese Kinder aufgefangen werden können? Selbstverständlich dort, wo sie sind, nämlich in der Übungsschule!

Es stimmt natürlich, dass wir mit der Stadt Eupen darüber diskutieren, diese Grundschule mit der Städtischen Grundschule Unterstadt zu fusionieren. Es mag sein, dass Sie über diese Verhandlungen aus der Presse erfahren haben, aber überrascht können sie über diese Tatsache sicherlich nicht sein. Denn wenn wir solche Verhandlungen aufgenommen haben, dann weil es dafür einen sehr konkreten, einstimmig im Parlament - ehemals Rat - verabschiedeten Auftrag gibt, dem Sie auch persönlich zugestimmt haben!

Dieser Auftrag vom 21. Juni 2000 zeigte sehr deutlich in die Richtung, dass man die Übungsschule der Gemeinschaft mit der Grundschule der Stadt Eupen fusionieren sollte. Ausschuss und Parlament haben damals einstimmig gefordert, für alle autonomen Gemeinschaftsgrundschulen andere, wenn möglich kommunale Trägerschaften anzustreben. Deshalb verhandelt die Gemeinschaft in diesem Fall mit der Stadt Eupen. Eine Ausnahme bildeten dabei nur die Grundschulen, die an eine Sekundarschule angegliedert waren und die auch weiterhin in Trägerschaft der Gemeinschaft bestehen bleiben sollten.

Im Übrigen hat das damalige Bürgermeister- und Schöffenkollegium der Stadt Eupen dem Ausschuss, der sich mit dieser Resolution befasst hat, bereits damals sehr ausdrücklich bestätigt, dass es schon seit langem über eine Fusion dieser beiden Schulen nachgedacht habe und aufgrund dieser Überlegungen zu dem Schluss gekommen sei, dass eine solche Fusion einen Sinn ergeben könnte. Man ging damals davon aus, innerhalb von zwei bis drei Jahren darüber sehr konkret zu verhandeln. Bei meiner Amtübernahme habe ich diesen Auftrag zur Kenntnis genommen und mit der Stadt Eupen diese Verhandlungen aufgenommen.

Beide Verhandlungspartner, die Gemeinschaft und auch die Stadt Eupen, haben jetzt noch einmal bestätigt, dass sie diese Fusion für erstrebenswert halten. Ich sage aber auch, genau wie ich es während der ersten Verhandlung getan habe, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in diesem Zusammenhang sicherlich kein Bittsteller ist und sein wird. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist in ihrer Existenz nicht auf diese Fusion angewiesen, sie hält sie für erstrebenswert im Sinne der einstimmigen Resolution aus dem Jahre 2000, aber nicht für unabdingbar.

Sie empfinden es in diesem Zusammenhang als erstaunlich, dass die Übungsschule zu Schnuppertagen im Kindergarten eingeladen hat. Ich finde es überhaupt nicht erstaunlich, sondern völlig legitim und normal, dass diese Grundschule über ihre Tätigkeiten und über ihr Schulprojekt informiert und alle Eltern zu Schnuppertagen eingeladen hat. Sie können das nur dann erstaunlich finden, wenn Sie davon ausgehen - aber das ist ein Trugschluss -, dass diese Schule geschlossen werden könnte. Das allerdings steht nun wirklich nicht auf der Tagesordnung, und insofern ist es nicht erstaunlich, sondern lobenswert, dass man diese Schnuppertage - wie anderswo übrigens auch - organisiert.

Sie sprachen die Ängste der Eltern an. Wie bei jeder anderen Fusion entstehen auch hier Ängste, wenn man darüber nachdenkt, ein gemeinsames neues Schulprojekt zu entwickeln und Schulen zusammenzulegen. Gerade deshalb ist es ja so wichtig, dass wir weder auf der einen noch auf der anderen Seite den Eindruck vermitteln, irgendjemand wolle irgendjemandem anderen ein Schulprojekt einseitig aufzwingen. Das schürt natürlich Ängste. Deshalb ist es in meinem Sinne wichtig gewesen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieses Schulprojekt ein gemeinsames sein muss, das von der breiten Mehrheit der Lehrer nicht nur getragen, sondern auch erarbeitet wird. Und in diesem Zusammenhang freue ich mich darüber, dass auch die Stadt Eupen nach dem ersten Verhandlungstermin vom 15. Juni - übrigens im Einvernehmen mit uns - der Presse gegenüber die Stellungnahme abgegeben hat, dass es kein einseitig aufgedrängtes Projekt sein darf, sondern ein gemeinsam erarbeitetes Projekt sein muss.

Ängste entstehen natürlich auch immer dann, wenn zur Diskussion steht, womöglich den Standort einer Schule zu verändern. Gerade diese Standortfrage habe ich am 15. Juni - beim ersten denkbaren Verhandlungstermin also - angesprochen und meine diesbezüglichen Vorschläge gemacht. Wir müssen in diesem Zusammenhang sehr vielen Interessen, zum Teil widersprüchlichen Interessen Rechnung tragen. Das ist für niemanden eine einfache Aufgabe. Wir müssen die Interessen der Städtischen Grundschule berücksichtigen, die Interessen natürlich auch der Übungsschule, die Interessen der drei Hochschulen, die zusammengelegt werden, womöglich auch die Interessen der Unterstadt insgesamt und vielleicht sogar die Interessen des Parlamentes. In diesem Zusammenhang befinden wir uns eigentlich im wahrsten Sinne des Wortes in einer Quadratur des Kreises.

Ich freue mich deshalb darüber, dass wir in der Regierung - vielleicht ist das sogar in gewisser Weise einzigartig - einen Weg aus der Quadratur des Kreises gefunden haben, indem wir den Vorschlag gemacht haben, das Parlamentsgebäude dem Bildungswesen zur Verfügung zu stellen, und zwar ganz

konkret für die neue autonome Hochschule. Dadurch entstehen selbstverständlich auf der anderen Seite sehr viele neue Möglichkeiten, insbesondere für die Übungsschule und die Städtische Grundschule Unterstadt. Wir wissen alle, dass das jetzige Gebäude der Städtischen Grundschule Unterstadt nicht nur zu klein, sondern von seinem Fundament und auch wahrscheinlich von seiner Bausubstanz her für ein solches Vorhaben nicht ideal wäre. Was bietet sich also besser an, als diesen frei werdenden Standort für dieses gemeinsame Vorhaben zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund habe ich der Stadt Eupen vorgeschlagen, die gemeinsame fusionierte Übungsschule und die Städtische Grundschule Unterstadt dort unterzubringen. Dadurch könnten noch andere Möglichkeiten entstehen, gerade dort, wo die Gebäude der Städtischen Grundschule Unterstadt frei werden. Wir denken, dass in diesem Gesamtzusammenhang auch ein Beitrag zur Aufwertung der Unterstadt geleistet werden kann.

Das haben wir letzte Woche in der Presse kurz kommentiert. Zu den Verhandlungen, die dort stattfinden, möchte ich weder heute noch morgen noch übermorgen in der Öffentlichkeit mehr sagen. Es sind vertrauliche Verhandlungen. Sie betreffen zum Teil dienstrechtliche und damit auch personengebundene Fragen, die in meinen Augen nicht in das Parlament und auch nicht in eine andere öffentliche Debatte gehören, zumindest solange nicht, wie die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind.

Bekanntlich wurde die Gemeinschaftsgrundschule in der Unterstadt von der Pädagogischen Hochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft bislang auch für Übungsstunden genutzt. Es stimmt, dass wir uns nach einer Übergangszeit vorstellen können, in Zukunft auf mehrere Grundschulen für Übungsstunden zurückzugreifen.

Sie scheinen nun eine ganze Reihe von Argumenten vorbringen zu wollen, um an dem bisherigen Konzept einer einzigen Übungsschule festzuhalten. So verstehe ich jedenfalls Ihre Bemerkungen, wenn Sie mit Finnland und Österreich Vergleiche anstellen. Selbstverständlich ist die Aussage, an jeder PH gäbe es eine Übungsschule, falsch. Das stimmt für Finnland, aber in Finnland gibt es ein ganz anderes Ausbildungssystem für Lehrer. Auch die Lehrerausbildungen in Österreich können wir nicht mit der unsrigen vergleichen.

In Deutschland, in Frankreich, in Belgien, in Flandern und in der Französischen Gemeinschaft stimmt diese Aussage so nicht. Noch falscher ist, dass wir die Zukunft der Übungsschule und das zukünftige pädagogische Konzept zur praktischen Unterweisung an der neuen Hochschule nicht ansatzweise besprochen hätten. Das ist grundfalsch. Es ist nicht nur ansatzweise besprochen, sondern es ist sehr detailliert und nicht erst in dieser Legislaturperiode besprochen worden.

Bereits am 21. Juni 2000 wurde dieses Thema sehr konkret angesprochen und war Gegenstand einer Resolution vom 21. Juni 2000 zur Neugestaltung der Schullandschaft. Darin haben sich alle Parlamentarier dafür ausgesprochen haben - ich zitiere -: „....., dass allen Grundschulen die Möglichkeit geboten wird, unter bestimmten Voraussetzungen die Aufgaben der bisherigen Übungsschule zu übernehmen.“ Wörtliches Zitat aus einem einstimmig in diesem Hause verabschiedeten Text. Das heißt also: Mir liegt ein Auftrag vor, ein Modell von dezentralisierten Übungsschulen zu entwickeln, in denen die Übungsstunden erteilt werden sollen. Diesen Auftrag nehme ich sehr ernst.

Es gibt sehr viele Argumente, die dafür sprechen, dass man für Studenten, die später Grundschullehrer werden, die Möglichkeit schafft, mehrere Schulprojekte kennen zu lernen, mehrere Schulkulturen, mehrere Schulgemeinschaften zu entdecken, mehrere methodisch-didaktische Konzepte zu erarbeiten und kennen zu lernen, in kleinen und großen Klassen auch als Übungsschüler unterrichtet zu haben. All diese Argumente - so nehme ich doch an - haben damals auch den PDG - damals RDG - dazu bewogen, diese Forderung an die Regierung zu formulieren, eine Forderung, die Ihnen, Frau Kollegin, übrigens keinesfalls neu sein kann, denn Sie haben damals diesem Ausschuss, der diese Resolution erarbeitet hat, ja auch persönlich angehört und - wie ich nachgeforscht habe - dieser Resolution im Rat auch namentlich zugestimmt. Insofern kann ich nun wenig Verständnis dafür aufbringen, dass Sie dieses damals von Ihnen erarbeitete und getragene Konzept jetzt anscheinend in Frage stellen wollen.

Wir tun das nicht. Wir glauben, damit richtig zu liegen, ein Konzept zu entwickeln, in dem mehrere Grundschulen mit mehreren Schulkulturen auch Studenten aus der autonomen Hochschule empfangen können, um Übungsstunden zu unterrichten.

Es ist natürlich völlig falsch, dass es kein pädagogisches Konzept für die praktische Unterweisung von Studenten gäbe und dass dieses Konzept nicht ansatzweise im Ausschuss besprochen worden wäre. Nein, wir haben uns im Ausschuss sehr ausgiebig damit befasst, wie denn nun die praktische Unterweisung in der autonomen Hochschule vonstatten gehen könnte. Gerade vor diesem Hintergrund haben wir beispielsweise auch das Amt eines Dozenten für praktische Unterweisung an der neuen Hochschule geschaffen - lesen Sie es nach unter dem Kapitel „Dienstrecht“. Ich werde am 27. Juni detaillierter darauf eingehen und heute nur kurz die Grundpfeiler zitieren.

Zunächst einmal legen wir in der autonomen Hochschule Wert auf die Simulation von Stunden, und dies innerhalb von Ateliers mit Dozenten für praktische Unterweisung, Psycho-Pädagogen und Dozenten.

Zweiter Pfeiler der praktischen Ausbildung sind die Übungsstunden. Ich habe bereits gesagt, dass es uns am Herzen liegt, mehrere Schulen mit einzubinden. Selbstverständlich brauchen wir in diesem Zusammenhang auch Übungslehrer.

Die Frage, was nun mit den bereits ernannten Übungslehrern in Zukunft geschehen werde, erübrigt sich, wie ich eben schon erklärt habe, denn diese Übungslehrer bleiben auf Lebenszeit ernannt. Sie befinden sich in einem Auswahlamt. Sie haben ein ihnen zugewiesenes Barema, das niemand und schon gar nicht ich irgendwann in Frage stellen wird. Somit gibt es für diese Personen eine bis zur Pension festgelegte Sicherheit, vor allem vor dem Hintergrund, dass diese Schule ja gar nicht geschlossen werden soll. Wenn sie mit der Städtischen Grundschule Unterstadt fusionieren sollte, dann ist auch dort eine klare Regelung vorgesehen, die bereits jetzt im OSU-Statut festgehalten ist und die wir übrigens mit der Stadt Eupen schon besprochen haben.

Für das neue Konzept, an dem meines Erachtens auch die fusionierte Grundschule als Übungsschule teilnehmen sollte, sollten wir selbstverständlich nicht auf die bereits ernannten und damit auch bezahlten Übungslehrer verzichten. Wir sollten aber auch andere Lehrkräfte mit einbeziehen, deren Bezahlung eine andere Frage ist. Neue Ernennungen in das Amt des Übungslehrers möchte ich nämlich nicht empfehlen und würde ich auch ablehnen. Aber es ist durchaus denkbar, dass wir diesen Personen eine Prämie für die zusätzliche Verantwortung zahlen, die sie in diesem Zusammenhang leisten, gerade auch vor dem Hintergrund, dass wir von diesen Menschen in der autonomen Hochschule profitieren wollen, indem wir Rückmeldungen für die theoretischen Unterrichte aus der in der Praxis geleisteten Arbeit erwarten.

Dritter Pfeiler, auf den ich aber heute auch nicht detailliert eingehen werde, sind die klassischen Praktika. Die wird es natürlich auch in Zukunft geben. Neben den angesprochenen Übungsstunden und der Simulation innerhalb der Hochschule in den dort geschaffenen Ateliers wird es natürlich auch weiterhin in vielen unterschiedlichen Grundschulen der Gemeinschaft Praktika geben.

Zu Ihren konkreten Fragen: Sie fragen ganz konkret nach der Zukunft der Übungslehrer. Diese Frage habe ich beantwortet. Sie fragen nach den Einschreibungsmöglichkeiten für die jetzt in der Übungsschule vorhandenen Kinder. Die Frage erübrigt sich ebenfalls. Die Kinder können auch weiterhin in dieser Schule eingeschrieben werden. Sie fragen ferner, wie die Ängste der Eltern zu bewältigen seien. Ich würde sagen, diese Ängste zu bewältigen ist eine große Herausforderung sowohl für die Stadt Eupen als auch für die Gemeinschaft. Ich kann nur einige Richtlinien vorgeben. Ich würde es auch vermeiden, in Form von Interpellationen Ängste zu wecken, indem Dinge miteinander vermischt und durcheinander gebracht werden. Das ist der Sache nicht dienlich.

Wir haben die Verantwortung, für ein gemeinsames Schulprojekt zu sorgen, damit sich nicht der eine von dem anderen übergangen fühlt. Wir müssen die Standortfrage klären, und die Gemeinschaft hat

bereits einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Wir sollten Informationsversammlungen mit dem Lehrpersonal und später auch mit den Eltern abhalten, um sie über das Resultat unserer Verhandlungen zu informieren. In der Zwischenzeit rate ich im Interesse der Sache wirklich davon ab, über diese Verhandlungen öffentlich nachzufragen und konkrete Antworten zu erwarten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)*